

Christian Albrecht
Pressesprecher

Vi.S.d.P.

F.D.P. Fraktion im
Schleswig-Holsteinischen Landtag
Landeshaus, 24171 Kiel
Postfach 7121
Telefon: 0431/9881488
Telefax: 0431/9881497
E-Mail: fraktion@fdp-sh.de
Internet: <http://www.fdp-sh.de>

Nr. 91/2001

Kiel, Montag, 19. März 2001

Bildungspolitik/Klassenfahrten/Absagen wegen MKS

Ekkehard Klug: „Generelles Verbot von Klassenfahrten nach England und Frankreich ist unsinnig“



Das von Kultusministerin Ute Erdsiek-Rave verfügte generelle Verbot von Schulwanderfahrten nach England und Frankreich ist bei der schleswig-holsteinischen F.D.P.-Landtagsfraktion auf Kritik gestoßen.

Der bildungspolitische Sprecher der F.D.P.-Fraktion, **Dr. Ekkehard Klug**, nannte die Entscheidung der Kultusministerin „eine undifferenzierte Überreaktion“. Die Entscheidung der Ministerin sei für die betroffenen Schüler oft nicht nachvollziehbar. Klug nannte hierzu das Beispiel der Realschule Wentorf (Kreis Herzogtum Lauenburg): 36 Realschüler aus der Hamburger Umlandgemeinde wollten eigentlich morgen zu einer Klassenfahrt nach London aufbrechen. Jetzt würden sie - nach der Anordnung des Kieler Kultusministeriums - auf gepackten Koffern zu Hause sitzen bleiben, während gleichzeitig eine Seniorengruppe aus dem Nachbarort Geesthacht mit der gleichen Fähre, für die auch die Schüler aus Wentorf Plätze gebucht hatten, am Dienstag nach England reisen werde. Abgesehen davon, dass die Absage der Reise den Wentorfer Schülern Kosten in Höhe von 18.000 DM aufbürdet, sei ihnen die Ungleichbehandlung mit privaten Reisegruppen kaum vermittelbar.

Klug forderte die Kultusministerin vor diesem Hintergrund auf, ihre starre Haltung zu überdenken. Schulwanderfahrten sollten grundsätzlich nur im Einvernehmen mit den betroffenen Schulen abgesagt werden. Es sei verständlich, wenn jetzt insbesondere an Schulen aus dem ländlichen Raum Bedenken gegen Klassenfahrten in Länder, in denen die Maul- und Klauen-Seuche (MKS) ausgebrochen ist, bestünden. Wenn das Kultusministerium in solchen Fällen unbürokratische Hilfen anbiete, um die durch eine Absage von Schulwanderfahrten verursachten Kosten aufzufangen, so sei dies sicher ein besserer Weg als das am Freitag verhängte totale Verbot von Schülerreisen in westeuropäische Nachbarländer. „Angesichts des intensiven Personen- und Güterverkehrs, der weiterhin nach England und Frankreich erfolgt, kann den Schülerinnen und Schülern ein generelles Verbot von Klassenfahrten in diese Länder nicht zugemutet und auch nicht vermittelt werden. Dies gilt erst recht für Reisen in städtische Zielgebiete wie London oder Paris“, meinte Klug abschließend.

Presseinformation